



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 22.06.2021

An
Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der Ratsfraktion SPD/Volt
zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 01.07.2021**

Betrifft:

Antrag der Ratsfraktion SPD/Volt: Shared Mobility-Strategie für Düsseldorf –
Mietfahrzeuge planvoll für die Verkehrswende nutzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsfraktion SPD/Volt bittet Sie, diesen Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 1. Juli 2021 zu nehmen und zur
Abstimmung zu bringen.

Antrag:

**Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Absprache mit Rheinbahn, Stadtwerken
und privaten Mobilitätsunternehmen die Eckpunkte einer Shared Mobility-
Strategie für den geregelten Einsatz von Mietfahrzeugen als Ergänzung des
ÖPNV-Angebots zu erarbeiten und dem zuständigen Fachausschuss zur
Beratung vorzulegen.**

Die Strategie soll insbesondere die folgenden Handlungsfelder umfassen:

- **Ausweitung der Servicegebiete von motorisierten Mietfahrzeugen (E-Autos, E-Motorroller, E-Bikes, E-Scooter) und von RidePooling-Service auf die Stadtrandbezirke,**
- **verstärkte Ausweisung von Stellplätzen für stationäre Car-Sharing-Fahrzeuge in allen Stadtbezirken nach zielführenden Maßstäben (z.B. Anzahl Stellplätze entsprechend Bevölkerungsdichte) auch in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen,**
- **die Verabredung von Stellflächen und Parkverbotszonen von E-Scootern und Leifahrrädern in den Stadtteilzentren,**
- **weitere Kopplung von Shared-Mobility-Leistungen mit Rheinbahn-Abonnements,**
- **Berücksichtigung von Abstellflächen für Mietfahrzeuge bei künftigen Planungsprozessen,**

– **Vergrößerung des Angebots an mietbaren E-Lastenrädern.**

Dazu soll ein dauerhafter Runder Tisch mit den Mobilitätsunternehmen eingerichtet werden, um den fehlenden rechtlichen Steuerungsmöglichkeiten mit verbindlichen Absprachen zu begegnen. Um die Sharing-Angebote in den Stadtteilen am Stadtrand zu verbessern bietet sich eine Vergabe der Stellplätze für diese Angebote im Form eines Konzessionsmodells an. Das bedeutet, wer die einträglichen Innenstadtlagen bedienen möchte, der muss auch die noch unwirtschaftlichen Lagen am Stadtrand mit bedienen.

Begründung:

ShareNow, Cambio, NextBike, Eddy, Felyx, Go Sharing, MoBike, Call a Bike, Voi, Tier, Lime, Bird, CleverShuttle – das Angebot an Shared Mobility in Düsseldorf wächst ständig. Dabei steht die Entwicklung der Branche noch am Anfang: Auch selbstfahrende Leihwagen und sogar Flugtaxis bahnen sich ihren Weg.

Das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ ist grundsätzlich zu begrüßen und kann ein sinnvoller Baustein der Verkehrswende sein. Dabei wird das Potenzial von Sharing-Angeboten als wirkungsvolle Ergänzung des ÖPNV derzeit noch nicht voll ausgeschöpft. Zu viele Anbieter drängen sich mit ihren Fahrzeugflotten in den Innenstadtnahen Stadtteilen mit bekannten Folgen: Gerade EScooter sorgen immer wieder für Ärger, weil Nutzer*innen sie falsch abstellen. Dem muss in Absprache mit den Anbietern durch die Ausweisung konkreter Parkzonen entgegengewirkt werden. Innovationen im Mobilitätsbereich sollen aber nicht durch Überregulierung abwürgt werden. Sharing-Fahrzeuge in aus ganzen Stadtbereichen zu verbannen, lehnen wir daher ganz klar ab.

Klar ist aber auch, dass Angebote dort überrepräsentiert sind, wo der ÖPNV ohnehin am besten ausgebaut ist. Deshalb müssen gerade die Stadtrandgebiete, die zu einem großen Teil von der Versorgung mit Sharing-Angeboten ausgenommen sind, besser versorgt werden, wenn die Mobilitätswende gelingen soll.

Eine Steuerung ist hier dringend notwendig, auch wenn das CDU geführte Bundesverkehrsministerium den Kommunen kaum Steuerungsmöglichkeiten an die Hand gegeben hat.

Deshalb ist ein strukturierter Dialog mit Anbietern dringend notwendig.

Der Oberbürgermeister hat hier einige kleinteilige Regelung für den Umgang mit E-Scootern in der Altstadt gefunden. Das ist positiv, uns aber zu wenig. Es bestehen noch weitere, vielfältige Regelungsbedarfe, aber auch ungenutzte Chancen. Die Stadt muss für sich festlegen, welche strategische Rolle sie Sharing-Angebote für die Verkehrswende geben will und auf dieser Grundlage in einen dauerhaften Prozess mit den Anbietern einsteigen, der auf beiden Seiten Planungssicherheit schafft. Für diesen Prozess wollen wir mit diesem Antrag werben.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Marina Spillner